

Bundesminister der Gesundheit
Prof. Dr. Karl Lauterbach



**Deutsche Alzheimer
Gesellschaft e.V.**
Selbsthilfe Demenz

Berlin, den 14. Dezember 2022

Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen benötigen jetzt! Unterstützung

Sehr geehrter Herr Minister,

wir wenden uns heute mit einem dringenden Anliegen an Sie.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft vertritt als Selbsthilfeorganisation die Interessen von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen seit ihrer Gründung 1989. Seit den 1980er-Jahren hat sich für die von Demenz betroffenen Familien einiges verbessert, wozu einerseits die Entwicklung von demenz-spezifischen Betreuungskonzepten für die teilstationäre und stationäre Pflege und der Ausbau ambulanter Pflege, andererseits die finanzielle Unterstützung durch die Pflegeversicherung gehört.

Fast 1,8 Millionen Menschen mit einer Demenz leben derzeit in Deutschland, von Jahr zu Jahr werden es mehr. Nach wie vor sind es zum ganz überwiegenden Teil die An- und Zugehörigen, die über lange Jahre und oft rund um die Uhr die Versorgung und Betreuung von Demenzerkrankten gewährleisten. Um dies leisten zu können ohne damit ihre eigene körperliche und psychische Gesundheit zu gefährden, benötigen sie zielgerichtete Unterstützung.

Mit großer Sorge beobachten wir aber seit einigen Jahren und deutlich zugespitzt seit Beginn der Corona-Pandemie, dass sich die Situation für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen an verschiedenen Stellen dramatisch verschlechtert:

Anschrift:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.
Selbsthilfe Demenz
Friedrichstraße 236
10969 Berlin
Tel: 030-25937950
Fax: 030-259379529
www.deutsche-alzheimer.de
info@deutsche-alzheimer.de

Vorstand:

1. Vorsitzende:

Monika Kaus, Wiesbaden

2. Vorsitzende:

Sylvia Kern, Stuttgart

Schatzmeister:

Swen Staack, Norderstedt

Beisitzer:

Dagmar Heib, Dillingen

Lilja Helms, Stuhr

Prof. Dr. Alexander Kurz, München

Prof. Dr. René Thyrian, Greifswald

Mitgliedschaften:

Alzheimer Europe

Alzheimer's Disease International

BAG Selbsthilfe e.V.

BAGSO e.V.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

IBAN: DE32 1002 0500 0003 3778 00

BIC: BFSWDE33BER



- Ambulante Pflegedienste sind für die betroffenen Familien vielerorts kaum noch zu finden. Für die pflegerische Unterstützung von Menschen mit Demenz wird in der Regel mehr Zeit benötigt als für rein somatisch pflegebedürftige Menschen und so fallen sie als erste aus der Versorgung heraus.
- Angebote der Tagespflege, die gerade dann, wenn pflegende Angehörige noch berufstätig sind oder die Pflege schon über längere Zeit andauert, eine wesentliche Voraussetzung sind, um die häusliche Pflege dauerhaft zu gewährleisten, sind flächendeckend nicht in ausreichendem Maß vorhanden. Dies führt ebenso wie bei den Pflegeeinrichtungen zu einer Vorauswahl der „pflegeleichteren“ Kunden.
- Plätze in Kurzzeitpflegeeinrichtungen, die den Angehörigen eine vorübergehende Auszeit zur Regeneration ermöglichen würden, sind kaum zu finden: Entweder muss der Bedarf mehr als zwölf Monate im Voraus angemeldet werden oder es gibt gar keine Wartelisten und Angehörige sind darauf verwiesen, bestenfalls ad hoc einen frei gewordenen Platz in Anspruch zu nehmen. Selbst eine geplante Operation oder Rehabilitationsmaßnahme sind auf diese Weise nicht möglich.
- Spätestens, wenn Angehörige an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gelangen oder sogar darüber hinaus gehen, sollte es selbstverständlich sein, dass die oder der Erkrankte in einem Pflegeheim weiterversorgt wird. Die Realität sieht jedoch so aus, dass Pflegeeinrichtungen - in Zeiten von Personalmangel und ausreichender Nachfrage - gerade diejenigen als Bewohnerinnen und Bewohner ablehnen, die aufgrund schwieriger Verhaltensweisen zu Hause nicht weiter versorgt werden können. Wir erfahren immer wieder von Fällen, wo solchen Menschen sogar der bestehende Pflegeplatz aufgekündigt wird. Die Angehörigen sind zu Recht verzweifelt.
- Die Versorgung von Menschen mit Demenz in den Krankenhäusern war bereits vor der Pandemie an vielen Stellen hochproblematisch. Seit 2020 häufen sich bei uns die Berichte über Fälle, in denen Menschen mit einer Demenz im Krankenhaus nicht ausreichend pflegerisch versorgt werden und dann stark sediert, in unterernährtem Zustand und mit Druckgeschwüren wieder entlassen werden. Angehörige haben oftmals aufgrund der in den einzelnen Häusern geltenden Besuchsregeln kaum Zugang zu den Betroffenen und werden regelmäßig auch als Bevollmächtigte nicht in die medizinische Behandlung einbezogen, obwohl dies erforderlich wäre.



Ohne die vielen Millionen pflegenden An- und Zugehörigen würde das Pflege- und Betreuungssystem in Deutschland nicht funktionieren. Die betroffenen Familien benötigen jetzt! Unterstützung. Hierzu gehören:

- der Ausbau von Beratungs- und Entlastungsangeboten
- die stärkere Förderung der Selbsthilfe
- die kurzfristige Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Pflegereform mit einem Schwerpunkt auf der Stärkung der häuslichen Pflege durch die Dynamisierung des Pflegegeldes und die Einführung eines flexibel einsetzbaren Entlastungsbudgets
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf durch Einführung einer Pflegezeit analog der Elternzeit.

Menschen mit einer Demenzerkrankung benötigen eine qualifizierte Pflege und gut ausgebildete Pflege- und Betreuungskräfte. Doch mittlerweile scheitert es, wie oben geschildert, bereits an der Grundversorgung! Immer mehr Pflegekräfte verlassen ihren Beruf, den sie einst aus Überzeugung und mit viel Idealismus wählten. Auch diesbezüglich muss sich jetzt! etwas ändern, damit Pflegekräfte länger in ihrem Beruf arbeiten, dort ihre Kenntnisse, zum Beispiel zur Pflege von Menschen mit Demenz, anwenden und somit auch den Angehörigen den Rücken freihalten können. Mit jedem Tag steigt die Gefahr, dass Menschen mit Demenz Vernachlässigung, Unterversorgung und Gewalt erfahren müssen. Die Pflege in Deutschland braucht nicht nur eine gerechte Entlohnung, sondern vor allem eine bessere Personalausstattung und gute Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Die Finanzierung dessen darf aber nicht zulasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen. Die Begrenzung der Eigenanteile, die auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, muss umgesetzt werden.

Die Alzheimer-Gesellschaften in Deutschland beraten, begleiten und betreuen Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen tagtäglich. Deren Lebenssituation und Lebensqualität zu verbessern, ist unser Anliegen. Gerne verdeutlichen wir Ihnen unser Anliegen noch einmal in einem persönlichen Austausch.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

Monika Kaus
1. Vorsitzende